

Bundesgericht
Tribunal fédéral
Tribunale federale
Tribunal federal



2C_240/2017

Urteil vom 18. September 2018

II. öffentlich-rechtliche Abteilung

Besetzung

Bundesrichter Seiler, Präsident,
Bundesrichter Zünd, Donzallaz, Stadelmann, Haag,
Gerichtsschreiber Kocher.

Verfahrensbeteiligte

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK)
Generalsekretariat, Rechtsdienst, 3003 Bern,
Beschwerdeführer,
vertreten durch das Bundesamt für Kommunikation, Zukunftstrasse 44, 2501 Biel BE,

gegen

A. _____,
Beschwerdegegner.

Gegenstand

Rückerstattung der Mehrwertsteuer auf Empfangsgebühren für Radio und Fernsehen,

Beschwerde gegen das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, Abteilung I,
vom 25. Januar 2017 (A-7678/2015).

Sachverhalt:

A.

A. _____ (nachfolgend: der Gebührenpflichtige) hat Wohnsitz in U. _____/BE. E

und daher auch nicht mehrwertsteuerpflichtig. Am 1. Juli 2011 stellte ihm die Billag AG Schweizerische Erhebungsstelle für Radio- und Fernsehgebühren die rundfunkrechtliche Abgabeperiode vom 1. Juni 2011 bis zum 31. Mai 2012 in Rechnung. Der Betrag von Gebühr (Fr. 451.12) und der Mehrwertsteuer von 2,5 Prozent (Fr. 11.28) zusammen. Im Juni 2011 teilte der Gebührenpflichtige der Billag AG mit, er habe die fakturierten Gebühren ohne Mehrwertsteuer. Da es sich bei den Empfangsgebühren um hoheitliche Abgaben handelt, ist die Mehrwertsteuerpflicht. In der Folge verlangte er von der Billag AG bzw. vom Bundesrat eine anfechtbare Verfügung.

B.

Die Billag AG hielt am 12. Februar 2013 verfügungsweise fest, dass der Gebührenpfl. 2011/2012 und 2012/2013 nebst den Empfangsgebühren (je Fr. 451.12) auch die Meh. Mahngebühren schulde. Dieser erhob dagegen am 17. März 2013 Beschwerde an da angefochtene Verfügung sei aufzuheben und die Billag AG sei anzuweisen, die von ih dem Titel Mehrwertsteuer geleisteten Zahlungen inkl. Zins zurückzuerstatten. Nachde Sprungbeschwerde an das Bundesverwaltungsgericht überwiesen hatte, trat dieses n auf die Beschwerde nicht ein. Es erkannte, die Verfügung der Billag AG vom 12. Febr 6 Abs. 2 des Bundesgesetzes vom 12. Juni 2009 über die Mehrwertsteuer (MWSTG 2 Billag AG, sondern das Zivilgericht zuständig, um über die streitige (Mehrwertsteuer-)

C.

Der Gebührenpflichtige, die Billag AG und das Eidgenössische Departement für Umwelt, Raum und Energie (UVEK) gelangten dagegen an das Bundesgericht, das die Beschwerde 2C_942/2013 / 2C_947/2013 vom 31. Januar 2014 (**BGE 140 II 80**) guthiess und die Entscheidung an das Bundesverwaltungsgericht zurückwies. Das Bundesgericht erwiderte, dass das öffentlich-rechtliche Verhältniss zwischen der Erhebungsstelle für Radio- und Fernsehgebühren und den Gebührenpflichtigen müsse entgegen dem Wortlaut von Art. 6 Abs. 2 MWSTG 2002 als öffentlich-rechtlich angesehen werden, da die Erhebung der Gebühren im Zusammenhang mit den verbundenen Mehrwertsteuerfragen im dafür vorgesehenen öffentlich-rechtlichen Verfahren erfolgt.

D.

In der Folge wies das Bundesverwaltungsgericht mit Urteil vom 20. August 2014 die E Gebührempfängerin gegen die Bundessteuerbehörde mit dem Antrag angefochtenen Urteils sei die Beschwerde gutzuheissen und die Billag AG anzuweisen 2007unter dem Titel Mehrwertsteuer geleisteten Zahlungen samt Zins zurückzuerstatt Urteil 2C_882/2014 vom 13. April 2015 (**BGE 141 II 182**), Streitgegenstand sei einzig vom 1. Juni 2011 bis zum 31. Mai 2013, nicht aber die Frage einer Rückerstattung der den Antrag auf Rückerstattung sei daher nicht einzutreten. Im Übrigen hiess es die Be angefochtene Urteil auf, da die rundfunkrechtliche Empfangsgebühr keiner objektiven

E.

Mit Schreiben vom 9. Juli 2015 ersuchte der Gebührenpflichtige die Billag AG unter Be
Rückerstattung der von ihm ab Ende Januar 2007 auf der rundfunkrechtlichen Empfai
Mehrwertsteuer. Diese betrug insgesamt Fr. 45.35 nebst Zins. Mit Verfügung vom 30.
das Begehren ab.

Dagegen erhob der Gebührenpflichtige am 30. November 2015 Beschwerde an das E als Sprungbeschwerde an das Bundesverwaltungsgericht weiterleitete. Mit Urteil A-76 hiess das Bundesverwaltungsgericht die Beschwerde gut. Es hob die Verfügung der E auf und verpflichtete das BAKOM, dem Gebührenpflichtigen den von ihm unter dem T

Betrag von Fr. 45.35 zuzüglich Zins im Sinne der Erwägungen zurückzuerstatten. Das Bundesverwaltungsgericht prüfte im Wesentlichen, ob im streitbetroffenen Zeitraum dem Gebührenpflichtigen ein mehrwertsteuerlicher Leistungsaustausch vorgelegen habe (**BGE 141 II 182**) und schloss, dass das BAKOM nicht verpflichtet gewesen wäre, Mehr Entsprechend habe es an einem Rechtsgrund gefehlt, die Mehrwertsteuern auf den G Folglich habe dieser die streitbetroffenen Mehrwertsteuern von Fr. 45.35 ohne Rechts Gebührenpflichtige habe Vertrauen in die Rechnungstellung haben dürfen, weshalb v dass er sich über die Schuldpflicht im Irrtum befunden habe (Art. 63 OR; E. 9.1). Die v Entreichungseinrede (Art. 64 OR) greife zu kurz. Das BAKOM als Verwaltungseinhe könne nicht mit Recht geltend machen, der Bund sei nicht bereichert worden (E. 9.2). des BAKOM sei unterblieben (Art. 67 OR; E. 9.3). Entsprechend sei das BAKOM geh den streitbetroffenen Betrag von Fr. 45.35 zu erstatten (E. 10), und dies unter Zinsfolg

F.

Das UVEK, vertreten durch das BAKOM, erhebt mit Eingabe vom 24. Februar 2017 b öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten. Es beantragt, das Urteil A-7678/2015 vom 25. die Verfügung der Billag AG vom 30. Oktober 2015 zu bestätigen.

Der Gebührenpflichtige beantragt Abweisung der Beschwerde. Das Bundesverwaltungs Vernehmlassung.

Erwägungen:

1.

1.1. Die Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten gegen den Endentscheid des Bundesverwaltungsgerichts in einer Angelegenheit des öffentlichen Rechts (**BGE 140 Art. 83 e contrario**, Art. 86 Abs. 1 lit. a, Art. 90, Art. 100 Abs. 1 BGG). Das Mehrwertst vor Bundesgericht keine von der Bundesgerichtsgesetzgebung abweichenden Bestim Beschwerde legitimiert (Art. 89 Abs. 2 lit. a BGG) und hat das BAKOM dazu rechtsgül Beschwerde ist einzutreten.

1.2. Das Bundesgericht prüft das Bundesrecht von Amtes wegen (Art. 106 Abs. 1 BGG) und mit uneingeschränkter (voller) Kognition (Art. 95 lit. a BGG; **BGE 141 V 234** E. 2 f).

1.3. Im Unterschied dazu geht das Bundesgericht der angeblichen Verletzung verfass (unter Einschluss der Grundrechte) nur nach, falls eine solche Rüge in der Beschwerde ausreichend begründet worden ist (Art. 106 Abs. 2 BGG; qualifizierte Rüge- und Begr **283** E. 1.2.2 S. 286).

1.4. Das Bundesgericht legt seinem Urteil grundsätzlich den Sachverhalt zugrunde, d (Art. 105 Abs. 1 BGG; **BGE 143 IV 500** E. 1.1 S. 503). Die Anfechtung der vorinstanzl qualifizierten Rüge- und Begründungsobliegenheit (**BGE 144 V 50** E. 4.1 S. 52 f. mit f

1.5. Was das anwendbare Mehrwertsteuerrecht betrifft, war bis zum 1. Januar 2010 d September 1999 über die Mehrwertsteuer (MWSTG 1999; AS 2000 1300) massgeber erwähnte MWSTG 2009 anwendbar.

2.

2.1. Die Mehrwertsteuer wird als Netto-Allphasensteuer mit Vorsteuerabzug erhoben (2009; Erhebungskonzeption) und zielt, ausgestaltet als Verbrauchssteuer, auf den "netto Endverbrauch im Inland" ab (Art. 1 Abs. 1 Satz 2 MWSTG; Belastungskonzeption; **BGE 142 II 488** E. 2.3.1 S. 492 f.). Das eigentliche Steuerobjekt der Inlandsteuer sind die im Inland von steuerpflichtigen Personen geleisteten Umsätze. Sie sind objektiv steuerbar, soweit das Gesetz keine Ausnahme vorsieht (Art. 1 Abs. 2 MWSTG 2009; **BGE 142 II 488** E. 2.3.1 S. 492 f.). Das eigentliche Steuerobjekt der Inlandsteuer ist das Leistungsverhältnis; dieses bildet das "Hauptsteuerobjekt" (IVO P. BAUMGARTNER/CLAVADETSCHER/MARTIN KOCHER, Vom alten zum neuen Mehrwertsteuergesetz, 2009).

2.2.

2.2.1. In der vorliegenden Konstellation sind zwei unterschiedliche abgaberechtliche Verhältnisse zu betrachten. Das erste Regelungsverhältnis betrifft die Beziehung zwischen der mehrwertsteuerpflichtigen Person und der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV). Die steuerpflichtige Person schuldet die Inlandsteuer (Art. 10 ff. MWSTG 2009) die Umsatzsteuer, die sich aus der Multiplikation des Umsatzes mit dem anwendbaren Steuersatz ergibt (Art. 24, 24a, 25 MWSTG 2009). Im Rahmen der Besteuerung kann die steuerpflichtige Person davon die anrechenbaren Vorsteuern zum Abzug bringen (Art. 25a MWSTG 2009). Die Nettogrösse, die sich aus der Differenz von Umsatz- und Vorsteuer ergibt, bildet die zu zahlende Steuer (Art. 25 MWSTG 2009). Insgesamt kann, in Anlehnung an die formell-rechtlichen Pflichten der steuerpflichtigen Person (Art. 71 und 86 MWSTG 2009) bildlich von der *Abrechnungsbeziehung* gesprochen werden.

2.2.2. Das zweite Verhältnis ordnet die Beziehung zwischen der mehrwertsteuerpflichtigen Person und der leistungsempfangenden Person (hier: Gebührenpflichtiger), auf welche die Steuer überwälzt wird (Art. 1 Abs. 3 lit. c MWSTG 2009). Dieses Verhältnis stellt sich als *Überwälzungsbeziehung* dar, die vom Privatrecht beherrscht (Art. 6 Abs. 1 MWSTG 2009). Daraus ergibt sich, dass die Streitigkeiten über die Steuerüberwälzung zuständig sind (Art. 6 Abs. 1 lit. c MWSTG 2009). Entscheiden diesfalls auch vorfrageweise über die objektive Steuerbarkeit (Art. 1 Abs. 2 MWSTG 2009) einer bestimmten Leistung, falls die leistungsempfangende Person die Leistung nicht annehmen will, die von der mehrwertsteuerpflichtigen Person fakturierte Umsatzsteuer (Art. 80 E. 2.4.1 und 2.4.2 S. 84 f.).

2.2.3. Anders als im Regelfall untersteht die Überwälzungsbeziehung vorliegend dem öffentlich-rechtlichen Grundverhältnis zwischen BAKOM und dem Gebührenpflichtigen. Daraus ergibt sich, dass das (rundfunkrechtliche) Grundverhältnis zwischen BAKOM und dem öffentlich-rechtlichen Grundverhältnis ist. Die Grundlage der hier streitbetreffenden Empfangsgebühren ist das Bundesgesetz vom 24. März 2006 über Radio und Fernsehen (RTVG; SR 784.40) in der Fassung des Bundesgesetzes vom 24. März 2006 (AS 2007 737). Soweit die Mehrwertsteuer zu erheben ist, ist dies dem Grunde nach auch über die Überwälzung und gegebenenfalls über die Rückerstattung der überwälzten Beträge nach öffentlich-rechtlichen Grundsätzen zu entscheiden (**BGE 141 II 182** E. 2.4.1 und 2.4.2 S. 84 f.). In diesem Verfahren ist vorfrageweise über die objektive Steuerbarkeit einer Leistung zu entscheiden (**BGE 141 II 182** E. 2.4.1 und 2.4.2 S. 84 f.). Der leistungsempfangenden Person ist es dagegen benommen, die objektive Steuerbarkeit der Leistung (auch) im Verhältnis zur mehrwertsteuerpflichtigen Person (hier: BAKOM) und der ESTV zu beanstanden. Hier ist die Legitimation (**BGE 140 II 80** E. 2.4.3 und 2.4.4 S. 85 f.).

2.3. Streitig und zu prüfen ist nach dem Gesagten ausschliesslich die *Überwälzungsbeziehung* zwischen dem leistungsempfangenden Person (hier: BAKOM) und der ESTV. Die Abrechnungsbeziehung (und eine etwaige Rückerstattung der Steuer an die ESTV und BAKOM) liegt im vorliegenden Verfahren ausserhalb des Streitgegenstands. Es ist nachzugehen, ob der Gebührenpflichtige einen Anspruch gegenüber dem BAKOM auf Rückerstattung der Steuer hat.

auf ihn überwälzten Mehrwertsteuern hat. Er beansprucht die Rückerstattung der Mehrw. 1. Januar 2007 (richtig wohl: 1. April 2007) bis zum 30. Mai 2011, ausmachend Fr. 45. Juni 2011 bis zum 31. Mai 2013 hat das Bundesgericht bereits rechtskräftig entschieden (lit. D), wobei der Gebührenpflichtige bezüglich dieser Abgabeperioden ohnehin keine

3.

3.1. Die Vorinstanz begründet ihren Entscheid im Wesentlichen damit, dass die streitb. (Mehrwertsteuern über mehrere Perioden von insgesamt Fr. 45.35) *rechtsgrundlos* (lit. E). Wie sie insoweit zutreffend ausführt, gilt auch im allgemeinen Verwaltungsrecht Regeln über die ungerechtfertigte Bereicherung (Art. 62 ff. OR) - als allgemeiner Rech. nicht verwirklichten oder nachträglich weggefallenen Grund erfolgten Zuwendungen b. Leistungen von der öffentlichen Hand zurückzuerstatten sind (**BGE 139 V 82** E. 3.3.2 f.; **135 II 274** E. 3.1 S. 276). Als ungerechtfertigt erweisen sich namentlich Leistungen materiell-rechtlich keinen Anspruch hat (**BGE 124 II 570** E. 4b S. 578 f.; **98 V 274** E. I. eine Zahlung insbesondere dann nicht rechtsgrundlos erbracht, wenn sie zum einen a. rechtlich unzutreffenden, aber rechtskräftigen Verfügung erfolgt ist und zum andern ke. Verfügung zurückzukommen (**BGE 143 II 37** E. 6.3.1 S. 47 f.; **141 II 447** E. 8.5.1; **135** E. 4c S. 579; **111 V 329** E. 1 S. 332).

3.2.

3.2.1. Diese Grundsätze gelten praxisgemäss auch im Bereich der Rückerstattung zu Mehrwertsteuern. Dabei bestehen jedoch Besonderheiten, die sich hauptsächlich aus typischen Selbstveranlagungsprinzip ergeben (**BGE 143 II 646** E. 2.2.1 S. 650). Diese gefestigten Grundsatz "*impôt facturé =impôt dû*" niedergeschlagen. Das Prinzip gilt r. fälschlicherweise oder durch eine nicht mehrwertsteuerpflichtige Person fakturiert wur. 2A.546/2000 vom 31. Mai 2002 E. 5b, in: ASA 72 S. 727, zu Art. 28 Abs. 4 der Verord. Mehrwertsteuer [MWSTV 1994; AS 1994 1464]; **BGE 131 II 185** E. 5 S. 190 und Urte. E. 3.5.2, in: ASA 84 S. 252, StR 70/2015 S. 775 zu Art. 37 Abs. 4 MWSTG 1999; Urte. September 2014 E. 2.2.3, in: ASA 83 S. 407, RDFAF 2016 II 204, zu Art. 27 Abs. 2 ff.

3.2.2. Das Mehrwertsteuerrecht von 2009 kodifiziert das Prinzip "fakturierte Mehrwert. Mehrwertsteuer" erstmals auf Gesetzesebene (REGINE SCHLUCKEBIER, in: Felix G. Kommentar zum MWSTG [nachfolgend: HK MWSTG], 2012, N. 4 zu Art. 27 MWSTG; HONAUER/KLAUS A. VALLENDER/MARCEL R. JUNG/SIMEON L. PROBST, Handb. Aufl. 2012, N. 1607). Die positivrechtliche Regel findet sich in Art. 27 Abs. 2-4 MWSTG des Gesetzes vom 30. September 2016 hat Art. 27 mit Wirkung ab 1. Januar 2018 teil (AS 2017 3575). Im hier interessierenden Zusammenhang ist noch die ursprüngliche l. massgebend (Art. 112 Abs. 1 MWSTG 2009). Entsprechend lautet Art. 27 MWSTG 2009 (unberechtigter Steuerausweis") wie folgt:

" 1 Wer nicht im Register der steuerpflichtigen Personen eingetragen ist oder wer das anwendet, darf in Rechnungen nicht auf die Steuer hinweisen.

2 Wer in einer Rechnung eine Steuer ausweist, obwohl er zu deren Ausweis nicht ber. Leistung eine zu hohe Steuer ausweist, schuldet die ausgewiesene Steuer, es sei der a. es erfolgt eine Korrektur der Rechnung nach Abs. 4; oder b. er oder sie weist nach, dass dem Bund kein Steuerausfall entstanden ist; kein S. wenn der Rechnungsempfänger oder die Rechnungsempfängerin keinen Vorsteuerab

geltend gemachte Vorsteuer dem Bund zurückerstattet worden ist.

3 Die Rechtsfolgen von Abs. 2 treten auch bei Gutschriften ein, soweit der Gutschrifts Gutschriftsempfängerin einem zu hohen Steuerbetrag nicht schriftlich widerspricht.

4 Die nachträgliche Korrektur einer Rechnung kann innerhalb des handelsrechtlich Zu empfangsbedürftiges Dokument erfolgen, das auf die ursprüngliche Rechnung verwei

3.2.3. Aus dem insoweit klaren Wortlaut von Art. 27 Abs. 2 MWSTG 2009 ergibt sich c grammatikalisch auf die *Abrechnungsbeziehung* zwischen der mehrwertsteuerpflichti der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) zugeschnitten ist (vorne E. 3.1). Denn Rechnung eine Steuer ausweist". Zur Faktura berechtigt ist die leistungserbringende I Dokument, mit dem gegenüber einer Drittperson über das Entgelt für eine Leistung ab (MWSTG 2009). Fakturiert die leistungserbringende Person die Mehrwertsteuer, ohne ("unberechtigter Steuerausweis"), oder weist sie eine zu hohe Steuer aus ("unrichtiger beispielsweise eine zu hohe Bemessungsgrundlage heranzieht oder einen zu hohen § 25 MWSTG 2009), schuldet sie die Mehrwertsteuer an sich dennoch (Ingress zu Art. 2 keiner Bedeutung ist dabei, ob die leistungserbringende bzw. rechnungsstellende Per steuerpflichtig ist (PASCAL MOLLARD/XAVIER OBERSON/ANNE TISSOT BENEDEI N. 165 zu Art. 27 MWSTG). Ist die rechnungsstellende Person nicht ohnehin schon suk aufgrund des unberechtigten Steuerausweises beschränkt steuerpflichtig (BAUMGAR /KOCHER, a.a.O., § 5 N. 10, 13, 15).

3.2.4. Das eigentliche Steuerobjekt der Inlandsteuer setzt nach dem Gesagten ein Lei entgeltliche Leistungsaustausch bildet das "Hauptsteuerobjekt" (vorne E. 2.1). Hier se an, indem er den unrichtigen oder unberechtigten Steuerausweis zum "ergänzenden § "Hilfssteuerobjekt" erklärt (BAUMGARTNER/CLAVADETSCHER/KOCHER, a.a.O., Tit auch BÉATRICE BLUM, in: Martin Zweifel/Michael Beusch/Pierre-Marie Glauser/Philip zum MWSTG [nachfolgend: Komm. MWSTG], 2015, N. 9 zu Art. 27 MWSTG). Die obj ergibt sich dabei ausschliesslich aus dem Prinzip "impôt facturé = impôt dû" (vorne E. Rechnung ausgewiesene Mehrwertsteuer ist an die Eidgenossenschaft abzuliefern" (BAUMGARTNER/CLAVADETSCHER/KOCHER, a.a.O., § 5 N. 1). Unter dem Steuer: Überwälzen der inländischen Mehrwertsteuer in der Handelsrechnung zu verstehen (v

3.2.5. Die fakturierende Person hat gegenüber der ESTV über die ausgewiesene Steu Rechnung oder Gutschrift eine unberechtigte oder überhöhte Steuer ausweist und die Steuersubstrats bewirkt (formelle Synchronisierung; Urteil 2C_411/2014 vom 15. Sept Rechnung, in welcher eine Mehrwertsteuer ausgewiesen wird, berechtigt die rechnung Person selbst dann zum Vorsteuerabzug, wenn die Umsatzsteuer nicht abgeliefert od rechnungsempfangende Person trifft an sich keine Verpflichtung zur Prüfung, ob die M eingefordert wird (Art. 59 Abs. 2 der Mehrwertsteuerverordnung vom 27. November 21 BLUM, in: Komm. MWSTG, N. 1 zu Art. 27 MWSTG; SCHLUCKEBIER, in: HK MWST handelt sich bei Art. 27 MWSTG 2009 um einen Gefährdungstatbestand (SCHLUCKE Art. 27 MWSTG).

3.2.6. Eine Abrechnungs- und Ablieferungspflicht der fakturierenden Person tritt nur d sie ihre Handelsrechnung korrigiert (Art. 27 Abs. 2 lit. a in Verbindung mit Abs. 4) oder den unberechtigten oder unrichtigen Steuerausweis kein Nachteil entstanden ist (Art. der ursprünglichen Fassung; Urteil 2C_411/2014 vom 15. September 2014 E. 2.3.4 ur

3.3.

3.3.1. Art. 27 MWSTG 2009 hat die *Abrechnungsbeziehung* zwischen der mehrwertsteuerrechtlichen Eidgenössischen Steuerverwaltung im Auge (vorne E. 3.2.3). Im vorliegenden Fall bei BAKOM und ESTV, während die gebührenpflichtige Person scheinbar nicht betroffen ist, streitbetroffenen Zeitraum (Ende April 2007 bis Ende Mai 2011; Sachverhalt, lit. E) durch von insgesamt Fr. 45.35 in Rechnung stellen lassen. Der Gebührenpflichtige ist der Zähler nachgekommen (Sachverhalt, lit. D). Er ersucht im vorliegenden Verfahren um Rückzahlung von Fr. 45.35.

3.3.2. Es fragt sich, ob die Zahlungen *rechtsgrundlos* erfolgt seien, sodass ein Rückgriff auf eine rechtsgrundlose Bezahlung (Art. 62 ff. OR *per analogiam*) infrage kommen könnte (vgl. zunächst davon, dass im streitbetroffenen Zeitraum für die Erhebung der Rundfunkgebühren hinreichende gesetzliche Grundlage bestand (Art. 68 ff. RTVG in der hier massgebenden Fassung, vorne E. 2.2.3). Aus dem gesetzeskonformen Art. 59 Abs. 1 der Radio- und Fernsehverordnung (RTVV; SR 784.401) in der hier noch anwendbaren ursprünglichen Fassung (AS 2007) wird deutlich, dass die Gebührenpflichtigen die (allfällige) Mehrwertsteuer *zusätzlich* zu den Gebühren zu entrichten haben. Für die Überwälzung der Mehrwertsteuer vom BAKOM auf die Gebührenpflichtigen bestand insoweit eine gesetzliche Grundlage.

3.3.3. Eine andere Frage ist, ob die vom BAKOM überwälzte Steuer auch tatsächlich eine Steuer zu betrachten ist. Die Vorinstanz verwirft dies und bezieht sich dabei auf BGE 131 I 102. Der Tenor dieses Urteils ging dahin, mangels Vorliegens eines Leistungsaustauschs (E. 6.9) keine Rundfunkrechtliche Empfangsgebühr keiner objektiven Mehrwertsteuerpflicht (E. 6.9). Abgabeperioden vom 1. Juni 2011 bis zum 31. Mai 2013, für welche der Gebührenpflichtige Mehrwertsteuer entrichtet hatte (Sachverhalt, lit. A). Nicht zu klären war, wie es sich in den heute streitbetroffenen Abgabeperioden von Ende April 2007 bis Ende Mai 2011 verhalte. In den heute streitbetroffenen Abgabeperioden von Ende April 2007 bis Ende Mai 2011 hat der Gebührenpflichtige unstreitig Mehrwertsteuern von insgesamt Fr. 45.35 entrichtet. Wie geklärt, ist die Fakturierung der Mehrwertsteuer in Verstoß gegen das Mehrwertsteuergesetz zwangsläufig, dass die Überwälzung rechtsgrundlos erfolgt sei. Gegenteils ergibt sich aus dem BAKOM die Mehrwertsteuer trotz an sich bundesrechtswidriger Erhebung an die ESTV im streitbetroffenen Zeitraum bis zum 1. Januar 2010 aus dem bis dahin ungeschriebenen Prinzip "im streitbetroffenen Zeitraum ab dem 1. Januar 2010 aus Art. 27 Abs. 2 MWSTG 2009. Die Belastung ist nicht rechtsgrundlos erfolgt.

3.3.4. Wenngleich ein qualifizierender mehrwertsteuerlicher Leistungsaustausch fehlte (Art. 1 Abs. 2 lit. a in Verbindung mit Art. 18 ff. MWSTG 2009) und daher kein "Hauptsteuerobjekt" (Art. 2.1), bestand aufgrund des unrichtigen oder unberechtigten Steuerausweises ein "ergänzendes Hilfssteuerobjekt" (vorne E. 3.2.4). Die von der Billag AG namens und auftrags des BAKOM war damit vom BAKOM geschuldet. Die gesetzliche Schuldspflicht des BAKOM gegenüber dem Gebührenpflichtigen im vorliegenden Fall auf Fr. 45.35 und betrifft bei grammatikalischer Auslegung nur die Erhebung der Mehrwertsteuer (E. 3.2.3). Aus der gesetzlichen Belastungskonzeption folgt indessen, dass die Mehrwertsteuer ausgestaltet ist und auf den "nicht unternehmerischen Endverbrauch im Inland" abzielt, klarerweise auf das Hauptsteuerobjekt zu, Gleiches muss aber gelten, wenn die Steuer auf den Endverbrauch beruht. Das vorliegend bedeutsame öffentlich-rechtliche Verhältnis zwischen BAKOM und Gebührenpflichtigen steht ausserhalb der Privatautonomie. Es wird dahingehend vom Gesetzmässigkeitsspektrum abgegrenzt, dass BAKOM die von ihm geschuldete Mehrwertsteuer zwingend auf die Gebührenpflichtigen zu übertragen ist. Im Fall von Art. 27 Abs. 2 lit. a und b MWSTG 2009 gegeben ist.

3.3.5. Die Vorinstanz verwirft die reflexweise Ausdehnung von Art. 27 Abs. 2 MWSTG Überwälzungsbeziehung mit der Begründung, dass die gebührenpflichtige Person aus Abrechnungsbeziehung mit der ESTV stehe. Dies ist formal richtig, entspricht aber nicht der Mehrwertsteuer. Die leistungsempfangende Person steht in jedem Fall ausserhalb der Abrechnung. Zwar ungeachtet dessen, ob ein Hauptsteuerobjekt oder "nur" ein Hilfssteuerobjekt vorliegt, ist dem Ersatztatbestand nach Art. 27 MWSTG 2009 und Hauptsteuerobjekt gemäss Art. 27 Abs. 2 MWSTG 2009. Es geht sich darauf, dass bei diesem die objektive Steuerbarkeit aus dem Leistungsverhältnis unrichtiger oder unberechtigter Steuerausweis ausschlaggebend ist. Was den Rückgang der Steuer betrifft, erweisen sich die Zahlungen des Gebührenpflichtigen gerade nicht als Rückzahlung, sondern als Zahlung. Im Blick auf den unrichtigen oder unberechtigten Steuerausweis hatte das BAKOM einen Anspruch auf Rückerstattung. Es musste es sie, da ein öffentlich-rechtliches Grundverhältnis ohne Handlungsspielraum dem Gebührenpflichtigen überwälzen.

3.3.6. Das Bundesgericht hat bereits festgestellt, dass zwischen BAKOM und gebührenpflichtiger Person eine rundfunkrechtliche Empfangsgebühr betrifft, keinerlei Leistungsverhältnis im Sinne von Art. 27 Abs. 2 MWSTG 2009 besteht (**BGE 141 II 182**). Rückblickend zeigt sich mithin, dass die objektive Steuerbarkeit auf Art. 27 MWSTG 2009 beruht. Folglich steht die Schuldspflicht des BAKOM gegenüber dem Vorbehalt, dass eine Korrektur der Rechnung erfolgt oder das BAKOM nachzuweisen, dass ein Steuerausfall entstanden ist (Art. 27 Abs. 2 lit. a und b MWSTG 2009; vorne E. 3.2.2 u. 3.2.3). Dem Gebührenpflichtigen die auf dem unrichtigen Steuerausweis beruhende Steuerschuld muss ihm aber auch gestattet sein, die Korrekturen nach Art. 27 Abs. 2 lit. a und b MWSTG 2009 zu nehmen.

3.3.7. Der Gebührenpflichtige ersuchte die Billag AG, die für das BAKOM tätig wird, um die Rückerstattung der ihm ab Ende Januar 2007 (richtigerweise wohl Ende April 2007) übezugszahlten Mehrwertsteuern (Sachverhalt, lit. E). Einen dahingehenden Antrag hatte der Gebührenpflichtige am 17. März 2013 gestellt (Sachverhalt, lit. B), doch konnte dies nicht zum Abschluss des Beschwerdeverfahrens bilden, weil hierzu keine Verfügung vorlag. Massgebend muss die bundesrechtskonforme Auslegung und Anwendung des Mehrwertsteuerrechts von 2009 sein. Im Hintergrund dieses Gesuchs erkennen können bzw. müssen, dass die rundfunkrechtliche Empfangsgebühr bundesrechtswidrig besteuert worden war. Das BAKOM hätte daher spätestens zu dem Zeitpunkt, als es die Gebührenpflichtigen überwälzte, die Art. 27 Abs. 2 MWSTG 2009 an die ESTV gelangen müssen und seinerseits um Rückzahlung der Mehrwertsteuer an die ESTV gehen. Was den im vorliegenden Fall interessierenden Gebührenpflichtigen betrifft, ist unstrittig, dass er nicht tätig wird und daher auch nicht subjektiv mehrwertsteuerpflichtig sein kann (Art. 27 Abs. 2 lit. a und b MWSTG 2009). Entsprechend hätte das BAKOM der ESTV gegenüber ohne Weiteres den Tatbestand der Verjährung gemäss Art. 27 Abs. 2 lit. a und b MWSTG 2009 anrufen können. Der Gebührenpflichtige war nie vorsteuerabzugsberechtigt.

3.4.

3.4.1. Nach dem Gesagten ist das Begehren des Gebührenpflichtigen um Erstattung (bzw. Rückerstattung) der Mehrwertsteuer (nebst Verzugszins) dem Grundsatz nach klarerweise gutzuheissen. Dabei bleibt freilich unberührt, dass der Anspruch auf Rückerstattung verjähren kann. Dem Mehrwertsteuerrecht von 2009 lässt sich die Verjährungsregel rückerstattungsrechtlicher Natur entnehmen. Es bleibt daher bei der Anwendung der verjährungsrechtlichen Bestimmungen.

3.4.2. Die mehrwertsteuerliche Inlandsteuer wird je Steuerperiode erhoben, wobei das BAKOM die Steuerperiode festsetzt (Art. 34 Abs. 1 und 2 MWSTG 2009). Periodische Leistungen verjähren gemeinhin mit Ablauf der Steuerperiode.

128 Ziff. 1 OR). Entsprechend verjährt das Recht der ESTV, die mehrwertsteuerliche (4 Jahre nach Ablauf der Steuerperiode, in der die Steuerforderung entstanden ist (relativ MWSTG 2009). Die Differenz von Umsatz- und Vorsteuer bildet die Steuerforderung (vorher E. 2.2.1). Wenn somit der Vorsteueranspruch der steuerpflichtigen Person gegenüber innerhalb von fünf Jahren verjährt, ist auch die Rückforderung entsprechend begrenzt. Abs. 2 MWSTG 2009 entnommen werden, wonach die steuerpflichtige Person die "eigenen Abrechnungen" bis zum Eintritt der Rechtskraft "korrigieren" kann, also längstens bis zur Festsetzungsverjährung (Art. 43 Abs. 1 lit. c MWSTG 2009).

3.4.3. Das bedeutet, dass aufgrund des Prinzips "fakturiert - geschuldet" der Rückerstatter Überwälzungsbeziehung durch die Möglichkeit begrenzt wird, im Abrechnungsverhältnis verjährungsrechtlich zurückzuverlangen, dies allerdings unabhängig davon, ob die Steuer tatsächlich vornimmt und zurückfordert oder nicht. Die Möglichkeit dazu muss sie aber aus dem vorliegenden Fall heisst dies, dass das BAKOM, wäre es (spätestens) mit dem Gebührenerlass vom 9. Juli 2015 tätig geworden, befugt gewesen wäre, seine Abrechnungen der Jahre 2014 (nebst dem angebrochenen Jahr 2015) zu korrigieren. In diesem Umfang wäre es bis dahin noch nicht eingetreten gewesen, wohl aber bezüglich der von Ende April 2007 bis zum Ende der Mehrwertsteuern des Gebührenpflichtigen.

3.4.4. Von der Verjährung in der Abrechnungsbeziehung zwischen dem BAKOM und dem Rückerstatter insoweit begrenzt, als das BAKOM seinerseits die zu viel abgelieferte Mehrwertsteuer zurückfordern *könnte*, zu unterscheiden ist die Verjährung des Anspruchs auf Rückerstattung der Zahlungen in der Überwälzungsbeziehung. Für diesen Anspruch, welcher als öffentlich-rechtliche Regelung über die ungerechtfertigte Bereicherung (Art. 62 ff. OR) nach der Rechtsprechung mangels spezialgesetzlicher Bestimmungen auf die Verjährungsfrist des **135 III 289** E. 7.1 S. 294; **132 V 404** E. 3 S. 407; **129 III 503** E. 3.4 S. 505). Danach verjährt ein Anspruch eines Jahres, nachdem die verletzte Person von ihrem Anspruch Kenntnis erhalten hat, spätestens von zehn Jahren seit der Entstehung des Anspruchs. Weil nach dem Gesagten der Rückerstattungsanspruch insoweit begrenzt ist, als aufgrund des Prinzips "fakturiert - geschuldet" mehr als fünf Jahre abgelaufen sind und nicht rechtsgrundlos erbracht wurden, ist die Frist von zehn Jahren zu wahren. Hingegen ist die einjährige Verjährungsfrist seit Kenntnis des Anspruchs einzuhalten. Der Gebührenpflichtige spätestens mit dem Urteil 2C_882/2014 vom 13. April 2015 (**BGE 139 III 182**) die einjährige Frist ist eingehalten, ersuchte der Gebührenpflichtige das BAKOM doch um Rückerstattung der Mehrwertsteuer.

3.4.5. Vorliegend ist über die Abgabeperioden vom 1. Juni 2011 bis zum 31. Mai 2013 entschieden worden (**BGE 141 II 182**). Darauf ist nicht zurückzukommen, zumal der Gebührenpflichtige die Mehrwertsteuer ohnehin nicht (mehr) entrichtet hatte. Streitig ist der Zeitraum von Ende 2007 bis Ende 2013, wobei sich zeigt, dass alle Ansprüche, die den Zeitraum vor dem 1. Januar 2010 betreffen, zusammenfassend hat der Gebührenpflichtige gegenüber dem BAKOM einen Anspruch auf Rückerstattung der Mehrwertsteuer für den Zeitraum vom 1. Januar 2010 bis und mit dem 31. Mai 2013. Im Umfang ist der vorinstanzlichen Sichtweise im Ergebnis zu folgen und die Beschwerde abzuweisen, weitergehend, ist sie gutzuheissen und der angefochtene Entscheid aufzuheben.

4.

4.1. Bei diesem Ausgang des Verfahrens obsiegt das UVEK etwa hälftig. Unter Vorbehalt der Rückerstattung ist es dem Gebührenpflichtigen gegenüber zu keiner Rückerstattung verpflichtet, wohl aber zur Rückerstattung (MWSTG 2009). Die Kosten des bundesgerichtlichen Verfahrens sind nach dem Urteil

Abs. 1 Satz 1 BGG). Auch dem UVEK können Kosten auferlegt werden, handelt es sich im Wirkungskreis und nimmt es Vermögensinteressen wahr (Art. 66 Abs. 4 BGG). Entsprechend sind Gebührenpflichtige die Kosten je hälftig zu übernehmen.

4.2. Was die Parteientschädigung betrifft (Art. 68 Abs. 1 BGG), ist Folgendes massgebend: handelt es sich in seinem amtlichen Wirkungskreis. Dies schliesst eine Parteientschädigung ein. Gebührenpflichtige ist zwar nicht anwaltlich vertreten und hat deshalb grundsätzlich keine Parteientschädigung. Indessen hatte er im Lauf der verschiedenen Verfahren einen Betrieb zu betreiben, der den üblicherweise zur Wahrung persönlicher Interessen anfallenden Aufwendungen rechtfertigt sich deshalb, ihm für das bundesgerichtliche Verfahren eine angemessene Entschädigung zuzusprechen (Art. 68 Abs. 2 BGG).

4.3. Zur Neuverlegung der Kosten und Entschädigungen des vorangegangenen Verfahrens wird das Bundesverwaltungsgericht zurückgewiesen (Art. 107 Abs. 2 Satz 1 BGG).

Demnach erkennt das Bundesgericht:

1.

Die Beschwerde wird teilweise gutgeheissen. Das Urteil A-7678/2015 des Bundesverwaltungsgerichts vom 17. März 2017 wird bezüglich des Zeitraums bis und mit dem 31. Dezember 2009 aufgehoben, abgewiesen. Das BAKOM hat dem Beschwerdegegner die von diesem seit dem 1. Januar 2009 anfallenden Mehrwertsteuern zu erstatten.

2.

Die Kosten des bundesgerichtlichen Verfahrens von Fr. 2'000.-- werden je hälftig, ausser dem UVEK und dem Beschwerdegegner auferlegt.

3.

Das UVEK hat dem Beschwerdegegner für das bundesgerichtliche Verfahren eine Pauschale von Fr. 1'000.-- zu bezahlen.

4.

Zur Neuverlegung der Kosten und Entschädigungen des vorangegangenen Verfahrens wird das Bundesverwaltungsgericht zurückgewiesen.

5.

Dieses Urteil wird den Verfahrensbeteiligten, dem Bundesverwaltungsgericht, Abteilung für die Angelegenheiten der Bundesverwaltung schriftlich mitgeteilt.

Lausanne, 18. September 2018

Im Namen der II. öffentlich-rechtlichen Abteilung
des Schweizerischen Bundesgerichts

Der Präsident: Seiler

Der Gerichtsschreiber: Kocher